Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

25.6.1930 (No. 145)

Visual Library

Nr. 145 · Mittwoch, den 25. Juni 1930 · 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 · Fernsprecher Nr. 953 und 954 · Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Beflaggung anläßlich der Befreiungsfeier

Das Staatsministerium hat beschlossen, daß am 1. Juli als dem Tage der Befreiung der besetzten Gebiete die staatlichen Dienstgebäude zu beflaggen sind.

Beschleunigung der Strafverfahren aus Anlaß von Zusammenstößen zwischen Kampforganisationen radikalpolitischer Parteien

Der badische Justizminister hat unterm 11. d. M. entsprechend der Anregung des Reichsjustizministers und dem Vorgehen des preußischen Justizministers, die badischen Staatsanwaltschaften zu raschem und tatkräftigem Einschreiten angewiesen und den Gerichten von dieser Weisung Kenntnis gegeben.

Aenderung in der Organisation der Arbeitsgerichtsbehörden

Da seit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes (1. Juli 1927) und der damals geschaffenen Organisation der Arbeitsgerichtsbehörden nunmehr mehrere Jahre verflossen sind, hat das Justizministerium Veranlassung genommen, im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern als der obersten Landesbehörde für die Sozialverwaltung auf Grund der in der Zwischenzeit gesammelten Erfahrungen zu prüfen, ob sich diese Organisation bewährt hat, oder ob es angebracht sein würde, irgendwelche Änderungen eintreten zu lassen. Dabei hat sich ergeben, daß eine Reihe von Arbeitsgerichtsbehörden bisher nur so schwach beschäftigt war, daß ihre weitere Aufrechterhaltung sich nicht rechtfertigen läßt. So sind beispielsweise beim Landesarbeitsgericht **Mosbach** im Jahre 1929 insgesamt nur sechs Fälle anhängig geworden. Bei der Frage der Zusammenlegung von Arbeitsgerichtsbehörden mußte andererseits aber auch berücksichtigt werden, daß den Bewohnern abgelegener Gegenden mit ungünstigen Verkehrsverhältnissen auch in Zukunft die Rechtsverfolgung vor dem Arbeitsgericht nicht allzusehr erschwert oder fast unmöglich gemacht werden darf. Dieser Gesichtspunkt hat dazu geführt, einige kleine Arbeitsgerichte, die nach ihrem geringen Geschäftsstand an sich für die Aufhebung in Betracht gekommen wären, auch weiterhin beizubehalten.

Durch die demnächst im Gesetz- und Verordnungsblatt zur Veröffentlichung kommende dritte Verordnung über Änderung der Bezirke der Arbeitsgerichte wird die Zahl der Landesarbeitsgerichte von 6 auf 5, die Zahl der Arbeitsgerichte von 25 auf 19 herabgesetzt. Außer dem Landesarbeitsgericht Mosbach, dessen Geschäfte auf das Landesarbeitsgericht Mannheim übergehen, werden die Arbeitsgerichte Buchen, Eberbach, Sinsheim, Wolfach, Triberg, Donaueschingen aufgehoben. Ihre Bezirke werden mit den Bezirken benachbarter Arbeitsgerichte vereinigt. Buchen kommt zu Mosbach, Eberbach und Sinsheim zu Heidelberg, Wolfach zu Offenburg, Donaueschingen und Triberg zu Villingen. Beim Arbeitsgericht Villingen wird, entsprechend der Bedeutung des vergrößerten Arbeitsgerichtsbezirkes, eine besondere Kammer für Angestelltenstreitigkeiten errichtet.

Als Zeitpunkt des Inkrafttretens der Organisationsänderung ist der 1. Januar 1931 bestimmt worden, weil auf diesen Zeitpunkt auch die Amtszeit der Beisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden abläuft und neue Beisitzer zu bestellen sind.

Unveränderte ungünstige Arbeitsmarktlage

In der ersten Hälfte des Juni hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung der **Rückgang** der Belastung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung noch weiter **abgeschwächt.** Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger **betrug** nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter am 15. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 505 804, in der Krisenunterstützung 351 984. Die Summe beider Zahlen liegt mit annähernd 1 858 000 um mehr als 900 000 über der entsprechenden Summe des Vorjahres. Die Überlagerung der Unterstützten-ziffer ist gegenüber dem Stande vom 1. Juni (875 000) noch weiter gewachsen.

„Graf Zeppelins" Deutschlandfahrt beendet. Von seiner Schlesienfahrt zurückgekehrt landete „Graf Zeppelin" am Dienstagabend wieder im Flughafen Staaken und trat um 21.35 Uhr die Rückfahrt nach Friedrichshafen an, wo er Mittwoch früh 7.06 glatt landete.

Letzte Nachrichten

Die politische Lage ist ungeklärter denn je

Starker Widerstand der Demokraten gegen Dietrichs Uebernahme des Finanzministeriums — Wird Brüning zum äußersten Mittel greifen?

M. Berlin, 26. Juni (Priv.-Tel.) Die politische Lage ist eher noch unsicherer geworden, als sie am Dienstag schon war. Vor allem muß man eine Reihe von Blättermeldungen als falsch bezeichnen, die eine Lösung der Schwierigkeiten im Kabinett Brüning schon für Mittwoch früh als gegeben bezeichneten. Zu einer Entscheidung ist es bis zur Stunde im Kabinett nicht gekommen. Es ist auch nicht richtig, daß Dietrich dem Kabinett ein festumrissenes Finanzprogramm vorgelegt hat. Er hat nur eine Reihe von Vorschlägen gemacht, deren Abänderungsmöglichkeiten offen sind. Soweit wir unterrichtet sind, hat das Kabinett zu diesen Vorschlägen Dietrichs am Dienstag keine Beschlüsse gefaßt. Man hat lediglich die Vorschläge Dietrichs mit den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei besprochen und hatte dafür tiefgehende Gründe, denn eine Einigung wird vermutlich gar nicht so schnell zu erzielen sein.

Wie im Reichstag bekannt wird, sind verschiedene Minister wie Curtius und Schiele und vermutlich auch Treviranus nach wie vor gegen das Notopfer in jeder Form. Es ist deshalb zweifelhaft, ob die auf Mittwoch abend 6 Uhr anberaumte Kabinettsitzung zu irgendwelchen Ergebnissen kommen wird. Es ist immer noch nicht ausgeschlossen, daß es Brüning nicht auf das Äußerste ankommen lassen wird, und ohne Kampfaufnahme mit den Fraktionen sich durchsetzen wird. In diesem Falle würde er Mittwoch nacht zum Reichspräsidenten fahren, um ihm Bericht zu erstatten. Er würde dann Donnerstag nacht zurückkehren und auf Freitag die entscheidende Kabinettsitzung einberufen.

Die demokratische Reichstagsfraktion ist seit Mittwoch vormittag 9 Uhr zur Beratung versammelt und sie hat sich erneut in schärfster Weise gegen die Übernahme Dietrichs als Reichsfinanzminister ausgesprochen.

Auch die Wirtschaftspartei befindet sich augenblicklich in kritischer Stellung zum Kabinett Brüning. Sie ist außerordentlich verstimmt darüber, daß bei den Dienstagverhandlungen ihr Antrag, 5 Proz. Streichungen im Etat vorzunehmen, abgelehnt worden ist. Sie hatte in einem Brief an den Reichskanzler mitgeteilt, daß bei einer solchen Streichung sie sich von jeder weiteren Mitarbeit im Kabinett zurückziehen werde.

Die letzten französischen Gendarmen verlassen die Pfalz

WTB. **Landau,** 25. Juni (Tel.) Heute vormittag verließ ein Trupp von etwa 50 französischen Feldgendarmen, die in den letzten Tagen aus der ganzen Pfalz in Landau zusammengezogen wurden, mit der Eisenbahn in Richtung Weißenburg die Pfalz. Wie wir erfahren, wird General **Mangin,** der Kommandeur der 77. französischen Inf.-Division und Befehlshaber der restlichen Besatzungstruppen der Pfalz, am Donnerstagvormittag von dem **Regierungspräsidenten** der Pfalz in **Speyer** sich **verabschieden.**

Französische Amnestie?

ENB. **Landau,** 25. Juni (Tel.) Wie der Oberrheinische Landesdienst von besonderer Seite erfährt, bereitet das Oberkommando der französischen Rheinarmee eine **Amnestie** für alle **Deutschen** vor, die von den französischen **Militärgerichten** im besetzten Gebiet verurteilt worden sind. Die örtlichen Dienststellen der Garnisonorte sollen beauftragt sein, dem Oberkommando praktische Vorschläge vorzulegen. Als Zeitpunkt des Erlasses der Amnestie wird der 30. Juni genannt, der Tag, an dem das Abwicklungskommando des französischen Oberkommandos Mainz verlassen wird.

Adolph Ochs über die Stimmung in Europa

WTB. **New York,** 25. Juni (Tel.) Der Verleger der New York Times", Adolph **Ochs,** ist von seiner **Europareise** zurückgekehrt und erklärte bei seiner Ankunft Pressevertretern gegenüber, das amerikanische Volk scheine sich nicht der **ernsten Gereiztheit** bewußt zu sein, die in Europa namentlich gegenüber der **Tarifpolitik** der **Vereinigten Staaten** zutage trete. Unmittelbar nach dem Weltkrieg habe sich Europa in einer freundlicheren Stimmung gegenüber Amerika befunden. Diese Stimmung mache aber jetzt einem stärkeren Selbstbewußtsein Platz. Ochs hob besonders den wirtschaftlichen Fortschritt hervor, den Deutschland in der letzten Zeit gemacht habe, und der auch in einer Festigung der Stellung Deutschlands im Welthandel seinen Ausdruck finden werde.

Verlängerung des Notetats. Die Regierungsparteien haben im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Verlängerung des Notetats um einen weiteren Monat, also bis zum 31. Juli, eingebracht. Die der Regierung für diesen Monat zu erteilende Ausgabenermächtigung wird im allgemeinen auf ein Zwölftel der für 1929 bewilligten bzw. im Haushalt für 1930 vorgesehenen Beträge beschränkt.

*Die neuen Beratungen im Reichskabinett

An die Spitze aller politischen Betrachtungen sollte man in diesen Zeitläuften immer wieder die neueste Ziffer setzen, die nach dem Bericht der Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung die jeweilige Höhe der **Arbeitslosigkeit** in Deutschland kennzeichnet. Nach dem neuesten Bericht hat sich also **in der ersten Hälfte des Monats Juni** die Lage des Arbeitsmarktes im Reich **noch weiter verschlechtert.** Die Zahl der Arbeitsuchenden ist — und zwar zum ersten Male wieder seit Anfang März dieses Jahres — **gestiegen,** auf nunmehr rund 2,7 Millionen! Die Summe der Hauptunterstützungsempfänger und der Empfänger der Krisenfürsorge ist um mehr als 900 000 Personen höher, als die entsprechende Summe des Vorjahres! Das ist eine furchtbare Statistik. Und solange es nicht gelingt, dieser Verschlechterung des Arbeitsmarktes kraftvoll entgegenzuwirken, sind alle Aussichten auf eine wahre Sanierung unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik gefährdet.

Das **Kabinett Brüning** ist gestern daran gegangen, ein **neues Finanzprogramm** zu entwerfen. Dabei ist Reichskanzler Dr. Brüning von seinem Endziel nicht abgewichen: er will nach wie vor Maßnahmen getroffen sehen, die **eine Beseitigung des Defizits** ermöglichen. Wie diese Maßnahmen ausschauen, darüber kann man sich sehr wohl unterhalten. Die Hauptsache ist, daß der **neue Reichsfinanzminister** — wahrscheinlich wird es nun doch der bisherige Reichswirtschaftsminister Dietrich sein — sich mit diesen Änderungen **einverstanden** erklärt und für das neue Programm im Reichstag und den Parteien gegenüber mit allem Nachdruck eintritt.

Völlig hat man sich bis gestern abend auf das neue Programm noch nicht geeinigt. Denn sonst wäre wohl die Ernennung Dietrichs zum Reichsfinanzminister bereits erfolgt. Nach den bis heute vormittag vorliegenden Meldungen hat man gestern von einem Programm gesprochen, welches am Etat **Abstriche von rund 120 Millionen** macht, die Reform der Arbeitslosenversicherung u. der Krankenkassenversicherung sofort durchführt u. ein **Notopfer der Beamten** in Höhe von 2½ Proz. sowie ein solches der **Festbesoldeten** mit hohem Gehalt in der Form eines Zuschlags von 10 Proz. zu ihrer Einkommensteuer erhebt. Ferner ist die Rede gewesen von einer **Schankverzehrsteuer,** die den Gemeinden überlassen bleibt, und einer durch diese Verzehrsteuer möglich werdenden **Kürzung der Überweisungen.** Man denkt unter Umständen daran, das neue Programm als Ermächtigungsgesetz einzubringen, um die Erledigung zu beschleunigen.

Die Reichstagsfraktion der **Deutschen Volkspartei** ist einstweilen mit diesen neuen Vorschlägen noch nicht einverstanden. Sie wünscht nach wie vor, daß man den ganzen Notopfergedanken fallen läßt. Wie es heißt, soll die Fraktion ihre Wünsche in genauer Formulierung überreichen wollen bzw. schon überreicht haben. Unter ihnen sollen Abstriche an allen Etats in Höhe von 5 Proz. und ein Abbau der Preise, Gehälter und Löhne um etwa 10 Proz. an der Spitze stehen.

In einzelnen Blättern wird bereits der **Befürchtung** Ausdruck verliehen, daß es zu einem **Ausscheiden der Deutschen Volkspartei** aus der Koalition kommen könne. An und für sich ist die Situation für die Deutsche Volkspartei nicht sehr angenehm, weil es doch schließlich der aus **ihren eigenen** Reihen stammende Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer war, der mit dem Finanzprogramm des Mißvergnügens aufwartete. Die anderen Parteien sind durchaus in der Lage, der Deutschen Volkspartei zu sagen, daß es **ihr eigener** Mann gewesen sei, der in erster Linie für die jetzigen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht werden müsse.

Um die Regierungsbildung in Sachsen

Die Deutschnationalen und die Landvolkfraktion des neuen sächsischen Landtags haben an alle Fraktionen, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Kommunisten ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklären, bei der letzten Landtagswahl habe das sächsische Volk den Willen nach einer marxistenfreien Regierung klar betont. Die Fraktionen würden zum nächsten Samstag zu einer Besprechung über die Regierungspolitik einberufen.

Der Simon-Bericht wird verurteilt. Alle Meldungen aus Indien berichten, daß der Simon-Bericht nicht nur von den Nationalisten, sondern auch von den Liberalen allgemein verurteilt wird. Führende Persönlichkeiten der Hindus, Mohammedaner und der Sikhs bekunden ihre Unzufriedenheit.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK · Baden-Württemberg

Das neue Reichsfinanzprogramm und die Haltung der Parteien

Die Vorschläge des Reichsministers **Dietrich** dürften etwa folgendermaßen aussehen: Ein **Notopfer** für die Beamten, das die kleinen Einkommen bis zu 2000 *RM* freiläßt und aufwärts je nach der Höhe von 2 bis 3 Proz. **gestaffelt** ist. Für die übrigen Einkommen tritt ein etwa **10proz. Zuschlag zur Einkommensteuer.** Dazu kommen die **Ledigensteuer** und die **Verzehrsteuer.**

An die Stelle der Verzehrsteuer will der Vorschlag der **Deutschen Volkspartei** die bereits früher viel erörterte **Bürgerabgabe** setzen, die von jedem Wahlberechtigten in Höhe von etwa 5 bis 9 *RM* jährlich erhoben werden soll. Das Aufkommen wird auf etwa 200 Millionen berechnet. Außerdem tritt die Deutsche Volkspartei den Ersparnisabsichten des Dietrichschen Programms, das etwa 100 bis 120 Millionen Einsparungen im Etat vorsieht, entgegen. Die Forderung der Partei geht auf eine 5proz. Einsparung am Gesamtetat, was etwa eine halbe Milliarde erbringen soll.

Es ist wahrscheinlich, daß die **demokratische Reichstagsfraktion** sich damit begnügt, in einer **Erklärung** zu betonen, daß sie Herrn Dietrich das Amt übergibt, ohne die Fraktion dadurch zu binden.

In der **Zentrumsfraktion** wurde besonders scharf kritisiert das Verhalten der Deutschen Volkspartei. Sollte es dem Kanzler nicht gelingen, eine Mehrheit für seine Deckungsvorlagen zu erhalten und letzten Endes zu den **verfassungsmäßigen Mitteln** greifen müssen, so werde die Fraktion sich voll und ganz hinter den Kanzler stellen, sei es nun, daß der Kanzler die Vorlagen durch ein Ermächtigungsgesetz durchzubringen sucht, sei es, daß er auf den Artikel 48 zurückgreift. Was das Notopfer anlangt, so wird man entsprechend den von Minister Dietrich vertretenen Vorschlägen an eine Änderung des Notopfers herangehen, und zwar durch die Staffelung bis 2½ Proz. statt 4 Proz. Dafür solle eine allgemeine Heranziehung der hohen Einkommen durch Erhöhung der Einkommensteuer um 8 bis 10 Proz. der Einkommen über 8400 *RM* erfolgen.

Die **Wirtschaftspartei** hat, wie der „Lokal-Anzeiger" meldet, eine außerordentliche Fraktionssitzung einberufen, zu der auch der augenblicklich in Augsburg weilende Reichsjustizminister Dr. **Bredt** telegraphisch herbeizitiert ist. In einer Verlautbarung dazu betont die Wirtschaftspartei, daß **100 Millionen Ersparnis** bei einem Etat von 11 Milliarden **völlig unzureichend** sei, daß sie sich jeder neuen steuerlichen Belastung, die direkt oder indirekt die Wirtschaft trifft, widersetzen werde, und daß das Heil der Arbeitslosenfrage von einer Hebung der Arbeitsmoral abhängt.

Wie die „D.A.Z." mitteilt, enthält das Schreiben, das Dr. **Scholz** im Auftrage seiner Partei dem **Reichskanzler** unterbreitete, folgende **Einzelvorschläge**: Ersparnisse und Ausgabensenkungen in Höhe von zusammen etwa 260 Millionen, nämlich 125 Millionen Abstriche an den Sachausgaben des Etats und 5 Proz. Herabsetzung der Länderüberweisungen. Erhebliche Mittel, nämlich eine Summe von weit über 100 Millionen, sollen durch **Besteuerung der öffentlichen Betriebe** erschlossen werden. Auf dem Gebiete der **Arbeitslosenversicherung** wird die Durchführung der Vorschläge des Vorstandes empfohlen, also die lediglich halbprozentige Beitragserhöhung unter dem Druck der geplanten Reformen. Sollte die Deckung nicht ausreichen, so sollen in einem Nachtragsetat im Herbst neue Mittel angefordert werden. Hier ist die Möglichkeit eingeräumt, etwa eine weitere halbprozentige Beitragserhöhung vorzunehmen. Eine Reihe weiterer, von den Wirtschaftsverbänden schon vorgeschlagener Maßregeln auf dem Gebiete der Steuererhebung und Verwaltung, soll etwa 80 Millionen erbringen. Auf jeden Fall soll dafür gesorgt werden, daß die Versicherungspflichtigen noch im Laufe des Etatsjahres durch Herabsetzung der Krankenversicherungsbeiträge eine gewisse Entlastung erfahren. Außerdem soll die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung bis zum 31. März nächsten Jahres befristet werden. Letzter Punkt des volksparteilichen Programms ist die Aufforderung an die Reichsregierung auf eine **allgemeine Senkung des Lohn- und Preisniveaus** hinzuwirken, und zwar durch Ankurbelung der Wirtschaft, Belebung des Arbeitsmarktes und durch Senkung der Personallasten im Reich, Ländern und Gemeinden. Das Schreiben schließt mit der ausdrücklichen Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei keinerlei steuerliche Erhöhungen oder gar eine einseitige Belastung einzelner Volksschichten mitmachen könne, solange die von ihr aufgezeigten Möglichkeiten zur Erschließung anderer Einnahmen und zur Durchführung energischer Ersparnisse nicht beschritten seien. Das Programm ist so bemessen, daß es dem Reich etwa 600 Millionen an neuen Einnahmen bzw. Ersparnissen sichern soll.

Präsident Hoover gegen weitere Unterstützung von Kriegsteilnehmern. Präsident Hoover hat sich in ungewöhnlich scharfer Form dagegen gewandt, daß der Senat am Montag mit 66 gegen 6 Stimmen die Vorlage über weitgehende Unterstützung von Teilnehmern des Weltkrieges angenommen hat. Präsident Hoover hat außergewöhnlich scharfe Worte gebraucht, um seiner Entrüstung über diesen Gesetzentwurf Ausdruck zu geben. Er nennt ihn eine Camouflage und Gesetzmacherei übelster Art.

Die Auswirkungen der amerikanischen Zolltariferhöhungen. Dieser Tage ist der Dampfer „Saturnia" aus Neapel nach New York ausgefahren. Während gewöhnlich das Schiff auf seinen Fahrten nach Amerika eine Käseladung von 250 Tonnen an Bord hatte, waren es diesmal nur 100 Tonnen.

Aus dem Reichstag

Einschränkung der Gefrierfleischeinfuhr — Das Osthilfegesetz

Der Reichstag setzte am Dienstag die zweite Lesung des Haushaltes des **Reichsernährungsministeriums** fort, zu dem Reichsernährungsminister **Schiele** u. a. erklärte, daß die Durchführung der Osthilfe in enger Verbindung mit den Ländern erfolgen werde. Der Minister trat weiter für eine Stützung der **Viehmärkte**, des **Obst- und Gemüsebaues** sowie des **Getreidemarktes** ein, wandte sich gegen die von den Sozialdemokraten beantragte Etatsstreichungen und vertrat in der **Gefrierfleischfrage** die Auffassung, daß **genügend frisches deutsches Fleisch** zu Friedenspreisen vorhanden sei, so daß die Einfuhr von Gefrierfleisch ab 1. Juli mit allen vorgesehenen Beschränkungen unterbunden werden könne.

Ein **volksparteilicher** Redner hielt das Osthilfegesetz für den ersten Schritt zur Lösung des Ostproblems, während ein **sozialdemokratischer** Redner wohl für die Unterstützung der kleinen Landwirte eintrat, aber eine Subventionierung des Großgrundbesitzes ablehnte. Auch Redner der Deutschen **Volkspartei** und der **Demokraten** begrüßten das Osthilfegesetz, das jedoch nach ihrer Ansicht nur unter Voraussetzung der Sanierung der Reichsfinanzen völlig durchgeführt werden könne. Ein **deutschnationaler** Redner polemisierte gegen das Kabinett Brüning, das gründlicher wie jedes andere Kabinett, die hochgespannten Erwartungen enttäuscht habe.

Die Beratung wurde auf kurze Zeit zur Vornahme der noch ausstehenden Abstimmungen unterbrochen. Annahme fand der Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete mit einer Ausschußentschließung, in der dem **Rheinland** der **Dank** für seine **vaterlandstreue Haltung** ausgesprochen wurde, desgleichen der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums mit verschiedenen Entschließungen, in denen Abgabensenkung, Verwaltungsreform, Exportförderung und Maßnahmen gegen die Kapitalflucht gefordert werden, desgleichen der Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Auch das **Amnestiegesetz**, bei dessem verfassungsänderndem Artikel 1 231 Ja- und 182 Neinstimmen abgegeben wurden, fand in zweiter Lesung Annahme, da erst in der dritten Lesung die Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Hierauf wurde wieder die Aussprache über den Haushalt des Reichsernährungsministeriums fortgesetzt. Die Weiterberatung wurde sodann auf Mittwoch vertagt.

Die Verhandlungen über Preis- und Lohnabbau

Wie in politischen Kreisen verlautet, sind die direkten Verhandlungen zwischen **Arbeitgebern** und **Arbeitnehmern** über das Problem der Preis- und Lohnsenkung, die trotz aller Schwierigkeiten bisher immer noch in der Schwebe gehalten wurden, nunmehr als **beendet** anzusehen. Es wurde vereinbart, daß der **Reichswirtschaftsrat** diese Frage weiter behandeln soll. Die notwendigen Schritte dazu sind bereits eingeleitet. Damit sind also die **direkten Verhandlungen gescheitert.** Dieser Abschluß geht auf eine Erklärung der freien Gewerkschaften zurück, in der betont wurde, daß weitere Besprechungen keinen Zweck hätten, weil sie nur in einer Atmosphäre des Vertrauens geführt werden könnten, während die Arbeitgeber durch eine Reihe von Maßnahmen in der letzten Zeit großes **Mißtrauen hervorgerufen** hätten. Es sei noch verstärkt worden durch die Anträge der **Deutschen Volkspartei** im Reichstage. Die Arbeitgeber nahmen von dieser Erklärung Kenntnis. Darauf folgte dann der Entschluß, die weiteren Verhandlungen an den Reichswirtschaftsrat abzugeben. In Wirtschaftskreisen wird dieser Entschluß sehr bedauert, da man sich ursprünglich von direkten Verhandlungen einen besseren Erfolg versprochen hat, als vom Reichswirtschaftsrat zu erwarten sein dürfte.

Räumung am 30. Juni beendet

Außenminister **Briand** hatte eine Unterredung mit dem Oberkommandierenden der Besatzungstruppen im Rheinland, General **Guillaumat.** Dieser soll, dem „Paris Soir" zufolge, dem Außenminister bestätigt haben, daß die **Räumung,** wie vorgesehen, am **30. Juni beendet** sein wird.

Räumung von Landau und Mainz

Gemäß einem Divisionsbefehl des Generals Mangin findet in **Landau** noch einmal eine **große Parade** der noch anwesenden **französischen Besatzungstruppen** statt. Anschließend werden die Truppen nach **Frankreich verladen.** General Mangin selbst wird am gleichen Tage dem Bürgermeister von Landau seinen Abschiedsbesuch machen, um alsdann mit seinem Generalstab die Pfalz gleichfalls zu verlassen. Am Dienstag wurde von den französischen Truppen auf dem **Militärfriedhof** noch eine Feier veranstaltet, bei der Kränze niedergelegt wurden. Die städtische Festhalle, das Militärlazarett und ein Teil der bis jetzt benutzten Kasernen wurden zurückgegeben. Der Generalstab in Mainz wird, wie auf Erkundigung bei französischen Stellen mitgeteilt wird, Mainz erst am 30. Juni verlassen.

Maßnahmen gegen den Generalstreik in Sevilla. Nach einer Meldung des „Journal" aus Madrid haben angesichts des revolutionären Charakters des Streiks in Sevilla die Zivil- und Militärbehörden ein **Ultimatum** an die Streikenden gerichtet, am Mittwochvormittag die Arbeit wieder aufzunehmen. Jede neue Unruhe werde mit größter Strenge unterdrückt werden.

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 23. Juni 1930

WTB. **Berlin,** 25. Juni (Tel.) Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Juni hat sich in der dritten Juniwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 195,4 Millionen auf 1504,5 Millionen Reichsmark ermäßigt. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -schecks um 195,8 Millionen auf 1348,1 Millionen Reichsmark abgenommen und die Lombardbestände um 0,2 Millionen auf 55,3 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Reichsschatzwechsel, von denen am Schluß der Vorwoche keine Bestände vorhanden waren, werden mit 0,1 Millionen Reichsmark ausgewiesen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 239,8 Millionen Reichsmark in die Kassen der Bank zurückgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 240,8 Millionen auf 4038,0 Millionen Reichsmark verringert, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 1,0 Millionen auf 329,6 Millionen Reichsmark erhöht. Unter der Berücksichtigung, daß in der Berichtswoche Rentenbankscheine in Höhe von 0,7 Millionen Reichsmark getilgt worden sind, haben sich die freien Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 49,0 Millionen Reichsmark ermäßigt. Die fremden Gelder zeigen mit 648,6 Millionen Reichsmark eine Zunahme um 111,3 Millionen Reichsmark.

Freundliches Echo der Curtius-Rede

Die durch Rundfunk in ganz U. S. A. verbreitete Ansprache des Reichsministers Dr. **Curtius über die deutsch-amerikanischen Beziehungen,** deren technische Übertragung ausgezeichnet war, hat in Amerika ein nachhaltiges Echo ausgelöst. Insbesondere brachte die gesamte große Sonntagspresse an erster Stelle und in großer Aufmachung zum Teil spaltenlange Berichte über die Ansprache. Sie brachten sogar Hauptpunkte der Rede wörtlich und knüpften daran sehr freundlich gehaltene Kommentare.

Gegen das politische Rowdietum

Nachrichten über politische Zusammenstöße laufen fast unausgesetzt aus verschiedenen Teilen des Reiches ein. Zur Bekämpfung des Rowdietums von rechts und links hat laut „Voss. Ztg." der Reichsjustizminister Dr. **Bredt an alle deutschen Landesjustizverwaltungen** einen **Erlaß** gerichtet und angeregt, die Landesjustizverwaltungen müßten nun ihrerseits Gerichte und Staatsanwälte zu einem **scharfen Vorgehen** gegen das Rowdietum veranlassen, und zwar am besten durch eine Verfügung, die der kürzlich erlassenen Verfügung des preußischen Justizministers entspricht.

Owen Young gegen die amerikanische Hochschutzzollpolitik

Owen Young bezeichnete in einer Rede in San Franzisko die Erleichterung der internationalen Kreditgewährung und die Zusammenarbeit mit der übrigen Welt als das wirksamste Mittel, Amerikas Überschuß nutzbar zu machen. Sein Mahnruf gipfelte in der schonungslosen Verurteilung einer selbständigen Wirtschaftspolitik, wobei Young unverkennbar auf den neuen amerikanischen Zolltarif ausspielte. Zollmauern zwischen den Völkern könnten den allgemeinen Wohlstand nur verhindern. **Amerika brauche den Weltmarkt** dringend, und dürfe nicht die unbedingte notwendige Förderung des Absatzes durch eine **engstirnige Politik** beeinträchtigen. Die Rede Owen Youngs hat überall großes Aufsehen erregt.

Kurze Nachrichten

6,6 Milliarden Besatzungskosten. Nach einer von den Blättern veröffentlichten Zusammenstellung der Kosten der **Rheinlandbesatzung** vom Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis zum 30. Juni 1930 belaufen sich diese auf rund 6,6 Milliarden. In dieser Summe sind nicht enthalten die Zuwendungen des Reiches für das besetzte Gebiet, wie sie für das laufende und die vergangenen Jahre für kulturelle Fürsorge, Saargängerunterstützung, Westprogramm usw. vorgesehen sind.

Die Aufgaben des Weltprotestantismus. Die europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktion ist in **Augsburg** anläßlich der Jubiläumsfeierlichkeiten unter dem Vorsitz des Universitätsprofessors Dr. Jörgensen (Kopenhagen) zusammengetreten und beschäftigte sich mit dem Plan der Schaffung einer **protestantischen Kreditgenossenschaft.** Die Organisation dieser Gesellschaft ist abgeschlossen und wird, sobald die Kirchen die auf sie entfallenden Mittel aufgebracht haben, in Tätigkeit treten.

Kennzeichnung der ausländischen Kraftfahrzeuge. Belgien hat die Bezeichnung B, Bulgarien BG, Dänemark DK, Danzig DA, Deutschland D, Finnland SF, Frankreich F, Griechenland GR, Großbritannien GB, Britisch-Indien DI, Italien J, Luxemburg L, Monaco MC, Niederlande NL, Niederländisch-Indien IN, Norwegen M, Österreich A, Polen PL, Portugal P, Rumänien RM, Rußland R, Schweden S, Schweiz, CH, Spanien E, Tschechoslowakei CS, Ungarn H, Saargebiet trägt die Bezeichnung Saar.

Das Urteil im Macek-Prozeß. Der Staatsgerichtshof zum Schutze des Staates in **Belgrad** hat das Urteil im Prozeß gegen den Kroatenführer **Dr. Macek** und Genossen verkündet. Der Vorsitzende teilte zu Beginn der Urteilsverkündung mit, daß 10 Angeklagte **freigesprochen** wurden. Unter den Freigesprochenen befindet sich Dr. Macek. Die übrigen Angeklagten erhielten Kerkerstrafen von 3 bis 15 Jahren. Eine Berufung gegen das Urteil ist nicht zulässig.

Der Schweizerische Nationalrat zum Briand-Memorandum. Im Nationalrat erklärte Bundesrat **Motta** in Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation betreffs des Briand-Memorandums: Der Bundesrat sei geneigt, an der ersten diese Probleme behandelnden Konferenz **teilzunehmen.** Die Schweiz werde nur daran denken können, Mitglied einer **europäischen Union** zu werden, wenn ihre **Neutralität** dadurch **in keiner Weise angetastet oder verändert** würde. Die europäische Union kann nur dann von Nutzen sein, wenn sie das Interesse am Fortbestehen und in der Tätigkeit des Völkerbundes nicht herabmindert.

Das Schuldkonto des Massenmörders Kürten hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Hauptverhandlung wohl kaum vor Ende des Jahres stattfinden kann. Nach dem bisherigen Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen werden **Kürten nicht weniger als 80 Verbrechen** — 11 Morde, 38 Mordversuche und 36 Brandstiftungen — zur Last gelegt. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet, wird auch die Brandstiftung bei Kaiserswerth, bei der im Jahre 1928 zwei in einer Scheune schlafende Männer den Tod fanden, Kürten zur Last gelegt. In diesem Falle würde die Anklage wegen Brandstiftung in Tateinheit mit Doppelmord erhoben werden, da Kürten eingestanden hat, er habe Brände gelegt, um Leute, die in den Scheunen schliefen, zu verbrennen. Sollte sich die Schuld Kürtens auch in diesem Falle erweisen, so würde sich die Zahl seiner Opfer auf 13 erhöhen.

Badisches Landestheater

Die verkaufte Braut

Josef Keilberth, dessen nicht alltägliche Kapellmeisterbegabung seit seiner Neueinstudierung des „Glöckchen des Eremiten" und besonders nach der von ihm herausgebrachten Erstaufführung der „Dreigroschenoper" eigentlich schon genügend dokumentiert ist, bewies erneut mit der Direktion von Smetanas komischer Oper — wenn es dessen überhaupt noch bedurft hätte —, daß er nicht nur ein gelernter, sondern ein geborener Operndirigent ist, einer, der selbst im dichsten Pulverdampf den Kopf oben behält und immer eine Werktreue erzwingt. Auch wenn er das Ganze scheinbar nur mit Schmiß hinlegen durfte, und ohne hinreichende Orientierung, zumal mit dem Orchester, übernehmen mußte, war dennoch die Art, wie er dies Vomblattdirigieren absolvierte, eine starke Eigenleistung und verdiente vor allem durch seine bis zur letzten Note durchgehaltene rhythmische Präzision wiederum volle Anerkennung. Noch wäre als auffallend zu erwähnen, daß selbst dort, wo man nach den spärlichen Angaben der Partitur und nach der gewohnten Interpretation vermuten könnte, Smetana habe auch zu dynamisch überfeinerten Sonnenstrahlen geneigt, in seiner durchgehends kräftigen Deutung keine Stilwidrigkeit zu entdecken war; vielmehr schuf gerade dies ausgeprägte und sachliche Festhalten an der einmal gewählten Grundfarbe eine sehr einheitliche Ausdrucksphäre und sicherte dem Meisterstück urwüchsig tschechischer Musik — in der bekannten Besetzung übrigens — einen bedeutsamen Erfolg. H. Sch.

Baden-Baden rettet sein Theater. Der Beschluß von Stadtrat und Bürgerausschuß, das Theater am 31. Juli 1930 aufzugeben, falls bis zu diesem Zeitpunkt von seiten der Schauspielerschaft keine Vorschläge gemacht worden sind, die ein Auskommen mit dem auf einen Lieferungsvertrag mit **Karlsruhe** angesetzten Zuschußbetrag von 30—40 000 *RM* ermöglichen, hat die Bürgerschaft zur Selbsthilfe geführt. Dank der Initiative der Schauspieler hat man einen **Theaterverein** gegründet, durch den über 10 000 *RM* an privaten Spenden aufgebracht wurden. Weiter haben die Schauspieler durch persönliche Werbung die Zahl der Platzmieter um über die Hälfte (420) der letztwinterlichen Belegung zu erhöhen vermocht. Da man außerdem hofft, einen Theaterlieferungsvertrag mit einer anderen theaterlos gewordenen badischen Stadt abschließen zu können, beträgt das jetzt noch bestehende Defizit kaum 5000 *RM*. In der Sitzung des Kurausschusses Ende der letzten Woche wurde zwar noch ein Defizit von 9000 *RM* genannt. Inzwischen hat sich aber der Betrag weiter vermindert, so daß man annehmen kann, daß die **Erhaltung des Baden-Badener Theaters** bis 1. April 1931, vorerst also über den Winter, als gesichert zu betrachten ist. Der Kurausschuß hat, den Erfolg der Werbeaktion anerkennend, seine Entscheidung um 10 Tage hinausgeschoben. In der Zwischenzeit wird die Werbeaktion tatkräftig weitergeführt werden. Man darf daher hoffen, daß auch die letzten Schwierigkeiten bald überwunden sind. Der Opferwille der Baden-Badener Bürgerschaft und der Schauspieler würde damit einen schönen Erfolg erzielt haben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Kein Uniformverbot für das Reichsbanner

Nach den von dem „Bad. Beobachter" eingezogenen Erkundigungen besteht an maßgebender Stelle in Baden **keine Absicht**, für das **Reichsbanner** ein **Uniformverbot** auszusprechen, solange das Reichsbanner loyal den Zwecken dient, für die es gegründet wurde. Das Blatt bemerkt weiter: „Eine andere Frage ist die, ob nicht alle uniformierten Verbände, sowohl die nationalistischen als die republikanischen, im Interesse der Ordnung und des inneren Friedens aufgehoben werden sollten. Diese Frage ist jedoch nicht in den Ländern, sondern im Reiche zu entscheiden."

Die badischen Schulräte in Karlsruhe

Der Verein Badischer Schulräte hielt am Samstag in Karlsruhe seine Jahresversammlung ab. Von seiten des Unterrichtsministeriums waren Ministerialrat **Künkel**, die Oberregierungsräte Dr. **Heidelberger, Walter** und **Huber** erschienen. Die Versammlung nahm nach herzlicher Begrüßung der Gäste und der fast vollzählig erschienenen Mitglieder des Vereins durch Stadtoberschulrat **Hofmann** (Pforzheim) drei Referate über die Erziehung und den Unterricht des geistig schwachen Kindes entgegen, wobei das Thema von verschiedenen Gesichtspunkten aus durch Medizinalrat Dr. **Stephani** (Mannheim), Kreisoberschulrat Dr. **Reitz** (Heidelberg) und Schulrat **Herkel** (Mannheim) beleuchtet wurde. An der Aussprache beteiligten sich auch Vertreter des Unterrichtsministeriums, die Prüfung und soweit möglich Berücksichtigung der vorgetragenen Anregungen zusagten.

Am Schluß des offiziellen Teiles der Versammlung überreichte der Vorsitzende mit Worten dankbarer und herzlicher Anerkennung an die zu Ehrenmitgliedern des Vereins ernannten Herren Geheimrat Dr. **Sickinger** (Mannheim) und Kreisoberschulrat **Ischler** (Karlsruhe) künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunden.

Der Nachmittag war der Erledigung interner Vereinsangelegenheiten gewidmet. An Stelle des infolge Versetzung in den Ruhestand ausscheidenden bisherigen hochverdienten Vorsitzenden, Kreisoberschulrat Ischler, wurde einstimmig Stadtoberschulrat Hofmann (Pforzheim) gewählt.

Der Badische Landesfischereiverein

war in **Eberbach** zu seiner 6. Jahrestagung versammelt. Laut Geschäftsbericht zählt der Verein heute 2860 Mitglieder, darunter 228 Einzelmitglieder, 226 Behörden, Gemeinden usw. Im Jahre 1929 wurden in Baden an Berufsfischer 2438, an Sportfischer 4635 Fischerkarten verabfolgt. — Badens Gesamtfischfang am Obersee betrug 1929 159 036 Kilogramm Fische gegen 132 000 Kilogramm im Vorjahre, davon Blaufelchen allein 110 000 Kilogramm. In den letzten Jahren wurden über 50 Proz. Anteil Badens am deutschen Gesamtfischfang ermittelt. In den Bodenseeanstalten wurden über 11 Millionen Jungfische ausgesetzt. Am Untersee waren im abgelaufenen Geschäftsjahr die Fischerergebnisse gegen früher gebessert. Dem oberbadischen Schwarzwaldgebiet wurden zwei Millionen Lachsbrut übergeben. Für das badische Rheingebiet hat der Altrheinschutz besondere Bedeutung. Wegen der Altschotterfischerei wurden mit der Pfalz Verhandlungen gepflogen. Die Zahl der zugelassenen Schotter auf der badisch-pfälzischen Seite wurde auf 34 festgesetzt. Für Neckar und Rheingebiet war der harte Winter 1929 von Nachteil. — Geschäfts- und Kassenbericht wurden sodann genehmigt und in eine kurze Debatte über Einzelschäden und zur Änderung des badischen Fischereirechtes eingetreten. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt. Nächster Tagungsort ist Donaueschingen.

Landesversammlung der Frauenvereine vom Roten Kreuz für Deutsche über See

Der Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche über See hielt seine Landeshauptversammlung in Heidelberg ab, zu der außer zahlreichen Mitgliedern der Heidelberger Abteilung und Vertreterinnen auswärtiger Gruppen auch Großherzogin Hilda von Baden sowie die stellvertretende Vorsitzende des Hauptvereins, Frau von Lekow (Berlin) erschienen waren. Frau Direktor Fremerey (Heidelberg) wies in ihrer Begrüßungsansprache auf die gemeinsame Arbeit und die gemeinsamen Ziele hin und gab u. a. bekannt, daß für das Elisabethhaus in Windhuk 42 000 *RM* aufgebracht, und daß besonders für Südwestafrika erfolgreiche Arbeit geleistet werden konnte. Frau von Lekow verlas dann den Bericht über die Gesamtarbeit der Organisation. Hier sind zu nennen der Erweiterungsbau für das Elisabeth-Wöchnerinnenhaus in Windhuk, die Unterhaltung des Prinzessin-Rupprecht-Heimes und des Herzogin-Albert-Friedrich-Kinderheims sowie des Georg-Ludwig-Kindergartens alle in Swakopmund. Zu der überseeischen Arbeit kommt noch die Fürsorge für bedürftige Kolonialdeutsche in der Heimat. Der Verein zählt zur Zeit 118 Abteilungen mit rund 15 000 Mitgliedern. Auf Antrag der Heidelberger Abteilung wurde der Bestand des Hilda-Fonds in Höhe von 2918 *RM* zur Hälfte dem Elisabethheim in Windhuk und zur anderen Hälfte dem Schwesternpensionsfonds überwiesen. Die Entsendung von Schwestern brachte leider dort mancherlei Schwierigkeiten, wo die Krankenhäuser nicht unter deutscher Leitung stehen. Die Berichte der Vertreterinnen der verschiedenen badischen Abteilungen zeigten größtenteils eine gute Weiterentwicklung, wenn auch die wirtschaftliche Not stark fühlbar ist. An die Vorsitzende des Hauptvereins in Berlin, Herzogin Adolf Friedrich von Mecklenburg, wurde ein Begrüßungstelegramm entsandt. Den Abschluß der Versammlung bildete ein interessantes Referat von Dipl.-Ing. Endemann über die Verhältnisse in Brasilien, vor allem in Para und Manaos.

Verbandstag der württembergischen Vereine Deutschlands

Im Zusammenhang mit dem 35. Stiftungsfest des Schwabenvereins „Eintracht" fand am Samstag und Sonntag der 24. Verbandstag des Reichsverbandes der Württemberger Vereine in **Durlach** statt. Verbandsvorsitzender Busch (Worms) eröffnete den 24. Verbandstag und begrüßte die zahlreich Erschienenen. Am Nachmittag begaben sich die Teilnehmer in den Physiksaal der Gewerbeschule, um einen Vortrag des Vorstandsmitgliedes Dr. Göller entgegenzunehmen. Dr. Göller verbreitete sich über die „Deutsche Heimatbewegung", die der Pflege der deutschen Volksgemeinschaft dient und die Heimatgesinnung durch örtliche Veranstaltungen im In- und Ausland zu wecken, zu erhalten und zu vermehren sucht. Das Grenzlanddeutschtum wurde in den Bereich seiner Erörterungen gezogen, ebenso das Auslandsdeutschtum, das vielfach gegen fremde Staatsgewalt zu kämpfen hat. Eine anschauliche Illustration fanden die Ausführungen durch eine Reihe Lichtbilder.

Aus der Landeshauptstadt

Der badische Heimattag

Ankunft badischer Reisegruppen aus Amerika

Wie uns gemeldet wird, traf am Sonntag mit Dampfer „Stuttgart" des Norddeutschen Lloyd der **Badische Volksfestverein**, von New York kommend, in Deutschland ein. Der Verein unternimmt eine vom Norddeutschen Lloyd organisierte Reise durch Deutschland, die ihn von Bremen über Hannover, Köln, Kreuznach, Dürkheim, Mannheim, Pforzheim, Wildbad, Baden-Baden nach Karlsruhe führt. In **Karlsruhe** beteiligt sich der Badische Volksfestverein an der am 11. Juli stattfindenden feierlichen Eröffnung des „Badener Heimattages". Ferner trafen in den letzten Tagen mehrere Reisegruppen aus Amerika mit dem Dampfer „Reliance" in Hamburg ein. Vor einiger Zeit wurde von der Geschäftsstelle des „Badener Heimattages" mitgeteilt, daß einige Reisegruppen aus **Kobe** und **Tsingtau** ihren Besuch zum Welttreffen der Badener angemeldet hätten. Von diesen Gästen aus dem Fernsten Osten ist nun dieser Tage Dr. phil. **Wilhelm Seufert aus Tsingtau** in Karlsruhe eingetroffen.

*

Teilnehmerkarten zum „Badener Heimattag". Bekanntlich gibt die Geschäftsstelle des „Badener Heimattages" Teilnehmerkarten ab, die im Vorverkauf zum Preise von 5 *RM* und während der Festtage für 6 *RM* erhältlich sind. Diese Teilnehmerkarten berechtigen zum freien Besuch sämtlicher Veranstaltungen mit Ausnahme der Vorstellungen im Badischen Landestheater, wofür sie jedoch eine Preisermäßigung von 25 Proz. auf die normalen Eintrittspreise und weiterhin andere Ermäßigungen und zum Teil sogar freien Eintritt beim Besuch von Museen, Sammlungen und Stadtgarten gewähren. Außerdem kommen ermäßigte Teilnehmerkarten zum Preise von 3 *RM* zur Ausgabe, die nur für den Besuch der Veranstaltungen am Samstag, dem 12., und am Sonntag, dem 13. Juli, berechtigen. Beide Arten der Teilnehmerkarten sind ausschließlich für die auswärtigen und ausländischen Gäste des Welttreffens der Badener bestimmt, die einheimische Bevölkerung bezahlt jeweils die bescheidenen normalen Eintrittspreise, wofür Einzelkarten im Vorverkauf und an den Tages- und Abendkassen erhältlich sind. Diese Maßnahme ist von der Festleitung des „Badener Heimattages" lediglich aus Gründen der Gastfreundschaft gegenüber den Fremden getroffen worden.

*

Festabzeichen zum „Badener Heimattag". Das amtliche Festabzeichen für das Welttreffen der Badener ist nunmehr fertiggestellt; das Medaillon zeigt in Silberlegierung das bekannte Drei-Türme-Bild der Stadt Karlsruhe und trägt die Aufschrift „Badener Heimattag Karlsruhe 1930". Die Geschäftsstelle des „Badener Heimattages" hat den Alleinvertrieb des Abzeichens den Kaufleuten Lampert und Steurer übergeben. Es wird zum Preise von 50 *Rpf* im voraus, für 60 *Rpf* während der Festtage selbst verkauft. Die auswärtigen Gäste erhalten das Festabzeichen auf Wunsch zugeschickt.

*

Briefzettelreklame für den „Badener Heimattag". Damit auch der letzte Badener von der Bedeutung des Heimattages unterrichtet wird, hat der Verkehrsverein eine große Zahl der verschiedensten Werbeschriften im In- und Auslande verbreitet und gibt nun auch neuerdings an hiesige und auswärtige Firmen **Briefreklamezettel** kostenlos ab, die über das Fest hinreichend Aufschluß geben. Da diese Reklamezettel keine Erhöhung des Briefgewichtes herbeiführen, ersucht der Verkehrsverein, ausgiebigen Gebrauch davon zu machen und auf der Geschäftsstelle des Heimattages, hier, Karl-Friedrich-Straße 10, die erforderliche Anzahl zu bestellen. Eine Anzahl Karlsruher Firmen bedienen sich bereits dieser für das Welttreffen der Badener doppelt wirksamen Reklamemaßnahme (im Interesse des Ansehens der Stadt und der Firmen selbst) und es wäre erwünscht, daß alle anderen Geschäfte, besonders diejenigen mit reger Auswärtskorrespondenz, dem Beispiele folgten.

Badisches Landestheater. In Roland Betschs Komödie „Salvermosers seltsame Seelenwanderung", die am Samstag, dem 28. Juni, in der Inszenierung durch Felix Baumbach und in Anwesenheit ihres in Karlsruhe ansässigen Verfassers zur hiesigen Erstaufführung kommt, wird Paul Müller den „Konditormeister Salvermoser" spielen.

Bad. Kunstverein e. V., Waldstr. 3. Die **Ausstellung badischer, außerhalb Badens lebender Künstler** hat am Mittwoch begonnen. Es ist erfreulich, daß eine große Anzahl Künstler die Ausstellung, die anläßlich des Heimattags vom Kunstverein veranstaltet wurde, mit ihren Werken beschickte. Die Einlieferung war so stark, daß nur etwa die Hälfte des Bildermaterials zur Schau gebracht werden konnte. Die Ausstellung, die bis 17. Juli dauert, ergänzt wertvoll die „Ausstellung bad. Kunstschaffen", die ebenfalls demnächst in Karlsruhe eröffnet werden wird. (Siehe Anzeige in vorl. Nummer!)

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Einbruch kalter Luft erfolgte gestern unter verbreiteten, meist kräftigen Gewittern, die im Norden des Landes wiederum ergiebige Regenfälle, strichweise im südlichen Schwarzwald und im Bauland Hagelfälle brachten. Die heutigen Morgentemperaturen liegen um zirka 3 Grad tiefer als am Vortag. Vorübergehender Druckanstieg hat zwar heute die Bewölkung wieder aufgelockert, jedoch dauert die Luftzufuhr aus Westen an und wird für absehbare Zeit unsere Witterung bestimmen. **Wetteraussichten für Donnerstag:** Wechselnd wolkig und mäßig warm bei westlicher Luftzufuhr, strichweise Gewitterregen.

Die Kunst, Juliheft (Verlag F. Bruckmann AG., München). Wer offene Augen und Verständnis für künstlerische Dinge hat, wird an den vielfältigen Darbietungen des neuen Heftes seine Freude finden. Georg Mayer-Marton vermittelt uns in seiner Malerei die reife, farbenglühende Pracht des Südens. Ein Stilleben Kanoldts und Felixmüllers Kinderbildnisse in unbefangener Einfachheit sind aus dem der Malerei gewidmeten Teil noch zu erwähnen. Die Frühjahrsausstellung der Akademie in Berlin ist in einer kritischen Auslese von Werken der Malerei und Plastik gewürdigt. Künstlerischen Reichtum in der Darbietung homerischer Motive zeigen die Wandmalereien des Tribünenbaues auf dem Sportplatz in Zürich. Einem baulichen Bedürfnis unserer Zeit kommen die in Skizzen und Grundrissen gezeigten Entwürfe billiger Einfamilienhäuser entgegen. Ein entzückendes Gartenhaus, stimmungsvolle Dachgärten und zweckmäßige Badeanlagen geben dem Heft einen sommerlich behaglichen Eindruck.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl in Hüsingen (bei Lörrach). An Stelle des wegen vorgerückten Alters zurückgetretenen Bürgermeisters W. Bechtel, der 21 Jahre lang Bürgermeister der Gemeinde Hüsingen war, wurde der bisherige Ratschreiber **Jung-Männi** gewählt. Er erhielt 99 Stimmen, während sein Gegenkandidat Karl Sturm mit 55 Stimmen unterlag.

Aus dem Gemeinderat Gaggenau. Die Frage der Arbeitslosenbeschäftigung wurde eingehend behandelt. Als vorerstige Arbeiten kommt der Ausbau der Badener Straße in Betracht. Der **Voranschlag** des Jahres 1930/31 mit einem Umlage vom Grundvermögen 85 *Rpf*, vom Betriebsvermögen 51 *Rpf*, vom Gewerbeertrag 6,37 bis 6,65 *RM* wird genehmigt. Für die Aufbringung der Mittel für die Beschäftigung der **Arbeitslosen** wird ein Darlehen aufgenommen, das zum gegebenen Zeitpunkt durch Erlös aus dem Waldbesitz abgetragen werden soll.

Kurze Nachrichten aus Baden

Unwetter über dem Wiesen- und Rheintal

bld. **Lörach**, 25. Juni. Das am Montagnachmittag über das Wiesen- und Rheintal sowie über den Kanton Basel-Stadt und Land niedergegangene schwere Unwetter hat allenthalben großen Schaden angerichtet. Der Wolkenbruch war von einem viertelstündigen **Hagelschlag** begleitet, dessen Körner der Größe einer Kirsche glichen. Teilweise lagen die Hagelkörner 5 Zentimeter hoch und mußten in den Straßen weggeschaufelt werden. Von den Bäumen wurde das Laub abgeschlagen. In Basel schlug der **Blitz** in die elektrische Freileitung und ferner in die Oberleitung der Straßenbahn ein, wodurch der Straßenbahnverkehr in der inneren Stadt stillgelegt wurde. In der Umgebung ist größtenteils **die Frühernte völlig vernichtet**, das Gemüse ist völlig zerschlagen. In Lörrach mußte die Bahnunterführung beim Hebelpark geschlossen werden, da sie ganz unter Wasser gesetzt war. Gerade auch im Rebland hat der Wolkenbruch und der Hagelschlag bös gewütet.

*

bld. **Märkt** (bei Lörrach), 25. Juni. Bei dem am Montag über das Rhein- und Wiesental niedergegangenen schweren Unwetter wurden **zwei französische Arbeiter**, die beim Wehrbau Kembs beschäftigt waren, und in einer Hütte, in der viel Eisen lag, Schutz suchten, vom **Blitze getroffen** und sofort getötet.

DZ. **Mannheim**, 24. Juni. Während eines am Dienstagnachmittag über Mannheim heraufziehenden **Gewitters** schlug der **Blitz** in der **Zellstoffabrik Waldhof** in die **Lagerhalle**, die mit mehreren Tausend Tonnen Zellstoff angefüllt war. Das leicht brennbare Material wurde augenblicklich von den Flammen ergriffen. Die Halle brannte samt dem wertvollen Inhalt rasch nieder. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, den noch glimmenden Brandherd abzugrenzen. Der niedergebrannte Bau, eine frühere Flugzeughalle, stand an isolierter Stelle des großen Fabrikanwesens. Der **Betrieb** erleidet also **keine Störung**. Der Schaden steht in seiner Höhe noch nicht fest, ist aber beträchtlich und durch Versicherung gedeckt.

DZ. **Achern**, 24. Juni. In der Illenau, wo er wegen Nervenleidens seit einiger Zeit weilte, ist gestern früh Oberlehrer **Danneffel gestorben**. Der Verschiedene hat sich als Komponist wie als Dirigent einen bedeutenden Namen gemacht und ist besonders als Gründer und Förderer des Bezirks-Cäcilienvereins Achern weiten Kreisen bekannt geworden.

* **Auenheim** bei Kehl, 23. Juni. Unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung wurde das **Denkmal** eingeweiht, das die Gemeinde ihren 64 im **Weltkrieg** gebliebenen Söhnen errichtet hat. Die Enthüllung wurde von Bürgermeister **Heidt** vorgenommen, die Festrede hielt Pfarrer **Treiber**. Umrahmt war die Feier von Musik- und Gesangsvorträgen und Gedichten. Das Denkmal, das neben dem Rathaus und vor der Kirche seinen Platz gefunden hat, stellt einen Frontsoldaten mit Gewehr dar, ist 5,35 Meter hoch und in Hardheimer Muschelkalkstein von dem akademischen Bildhauer **Förg** in Karlsruhe erstellt. Es gereicht der Gemeinde zur Zierde.

DZ. **Donaueschingen**, 24. Juni. Aus Anlaß der **Räumung des Rheinlandes** wurde vom Chef der Heeresleitung für das Reichsheer für den 30. Juni abends großer Zapfenstreich in allen Standorten befohlen. Das Donaueschinger Bataillon führt den großen Zapfenstreich um 21.15 Uhr vor dem Rathaus auf. Am 1. Juli findet für beide Konfessionen um 9.30 Uhr Militärgottesdienst statt. Anschließend um 11 Uhr wird auf dem Kasernenhof ein Bataillonappell abgehalten.

DZ. **Konstanz**, 23. Juni. Die **Zeppelinoberrealschule**, früher Bürgerschule dann Realschule, die bekanntlich in diesem Jahre auf ein **100jähriges Bestehen** zurückblicken kann, wird diesen Tag am 31. Juli und 1. August feiern.

Hindenburg kommt ins pfälzische Weinparadies.

DZ. **Neustadt** a. d. H., 25. Juni (Tel.) In der Bezirkskriegertagung in Wachenheim machte Major Schulz aus Deidesheim die Mitteilung, daß Reichspräsident von Hindenburg, der anläßlich der **Speyerer Domfeierlichkeiten** in der Kreishauptstadt weilt, am 19. Juli eine Fahrt von Speyer nach Neustadt und die Haardt entlang unternehmen wird.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	25. Juni Geld	25. Juni Brief	24. Juni Geld	24. Juni Brief
Amsterdam 100 G.	168.38	168.72	168.43	168.77
Kopenhagen 100 Kr.	112.18	112.40	112.20	112.42
Italien . . 100 L.	21.96	22.00	21.97	22.01
London . . 1 Pfd.	20.374	20.404	20.367	20.407
New York . 1 D.	4.190	4.198	4.192	4.200
Paris . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.47	16.51
Schweiz . 100 Fr.	81.22	81.38	81.25	81.38
Wien 100 Schilling	59.14	59.26	59.16	59.26
Prag . . . 100 Kr.	12.435	12.455	12.439	12.459

Neue Baisse an der Newyorker Börse. An der New York Stock Exchange, dem führenden Wertpapiermarkte der Vereinigten Staaten, kam es am Dienstag zu einem neuen allgemeinen Rückgang der Kurse, der bei einzelnen Papieren bis 16 Dollar betrug. Eine ganze Reihe von Werten des Aktivenmarktes ging auf einen neuen **Tiefstand** zurück. Der Umsatz erreichte allein in der letzten Viertelstunde des Börsenverkehrs rund eine Million Stück (Gesamtumsatz am Montag 3 832 000 Stück).

Diskontermäßigung in der Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakische Nationalbank hat beschlossen, den Diskontsatz für Wechsel und Wertpapiere auf 4 Proz. mit Gültigkeit vom 25. Juni 1930 an herabzusetzen.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 132 Spezialhaus für **Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Maschinenfabrik Gritzner AG., Durlach. Die ordentliche Generalversammlung der Maschinenfabrik Gritzner AG., Durlach, genehmigte einmütig die Regularien nach den Anträgen der Verwaltung. Der Aufsichtsrat wurde wiedergewählt und an Stelle des verstorbenen Aufsichtsratsmitglieds Julius Gritzner, Bankdirektor Putzel von der Danatbank, Karlsruhe, gewählt.

Staatsanzeiger

Den Nebenort Maiershöfe (Gesamtgemeinde Steißlingen).

Mit Entschließung vom 28. April 1930 wurde die Vereinigung des Nebenortes Maiershöfe mit dem Hauptort Steißlingen zu einer Einheitsgemeinde mit Wirkung vom 1. April 1930 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtswirksam.

Karlsruhe, den 20. Juni 1930.

Der Minister des Innern:
J. Wittemann

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Gestorben:

Landgerichtsrat Dr. Hermann **Glockner** in Karlsruhe.

Badische Landesbibliothek

Zugangsauswahl 1930, Januar—März

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landeseinwohner kostenlos benutzt werden. Die Zusendung geschieht postfrei; die Rücksendung trägt der Entleiher. Die Landesbibliothek umfaßt die wichtigeren Zweige der Wissenschaft, schließt aber engste Fachschriften und bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nur ausnahmsweise angeführt. — Die Einsendung solcher Schriften ist willkommen.

II.

Staats- und Rechtskunde.

D. Anzilotti, Lehrbuch des Völkerrechts. I. 1929. Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der Republik. Hg. von K. A. Schulte. 1929. Clemens Bauer, Politischer Katholizismus in Württemberg bis 1848. 1929. Betriebsrätegesetz. Erläutert von W. Mansfeld. 2. Aufl. 1930. J. B. Bredt, Neues evang. Kirchenrecht für Preußen. 1921—27. E. W. Eschmann, Der faschistische Staat in Italien. 1930. E. Eichmann, Staat und Religion nach der neuen Reichsverfassung. F. Giese, Deutsches Staatsrecht. Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung. Kommentar, hg. von Nipperdey. 1929/30. Handbuch des Völkerrechts. I, 1. G. A. Walz, Wesen des Völkerrechts. 1930. K. Hildebrandt, Norm und Verfall des Staates. 1926. A. Knecht, Eherecht des Codex juris Canonici. 1918. A. M. Koeniger, Kathol. Kirchenrecht. 1926. F. Krieck, Das Naturrecht der Körperschaften auf Erziehung und Bildung. 1930. M. Lederer, Grundriß des österr. Sozialrechts. 1929. H. Lindemann, Die dt. Städteverwaltung. 2. Aufl. 1906. J. B. Sägmüller, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts. 4. Aufl. I, 3. 1930. Staats- und Wirtschaftsleben Schwedens. Hg. von F. Genzmer. 1925. Strafvollzug in Preußen. Hg. vom Preuß. Justizministerium. 1928. Veröffentlichungen der deutschen Staatsrechtslehrer. 1. Der deutsche Föderalismus. 1924. — 2. Schutz des öffentlichen Rechts. 1925. — 3. Gleichheit vor dem Gesetz. 1927. — 4. Das Recht der freien Meinungsäußerung. Begriff des Gesetzes in der Reichsverfassung. 1928. — 5. Staatsgerichtsbarkeit. 1929. — 6. Bundes- und gliedstaatliche Rechtsordnung. Verwaltungsrecht der öffentlichen Anstalt. 1929. L. Wenger, Von der Staatskunst der Römer. 1929.

H. Emmerich, Die Sanierung. 1930. E. Frankenstein, Internationales Privatrecht. 1926. 29. Haftpflichtrecht. Sammlung von H. Ketterer. 1930. E. Heilfron, Grundriß des bürgerlichen Rechts. 6. Aufl. 1930. A. Hueck und H. K. Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts. I. 1928. E. Jacobi, Grundlehren des Arbeitsrechts. 1927. Fr. Jörissen, Wohnungszwangswirtschaft und ihre Aufhebung. 1930. L. Rosenberg, Lehrbuch des deutschen Zivilprozeßrechts. 2. Aufl. 1929. E. Welter, Erneuerung des Aktienrechts. 1929.

Volkswirtschaft, Statistik. Soziologie. Sozialpolitik.

L. Brentano, Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands. 1927—29. H. Dietrich, Ein Jahr Agrarpolitik. 1929. F. Ebersbach, Freie Arztwahl in der deutschen Krankenversicherung. 1929. E. Eckert, Gewerkschaften und Nationalisierung der Wirtschaft. 1929. K. Th. v. Eheberg, Grundriß der Finanzwissenschaft. 3. Aufl. 1928. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs. 8. Wirtschaft des Auslands. 1928; 9. Die Staatseinnahmen aus Steuern und Zöllen im Deutschen Reich 1925—28. 1929. O. Gmelin, Naturgeschichte des Bürgers. 1929. Grundriß der Sozialökonomik V, 3. K. Wiedenfeld, Transportwesen. 1930. Marianne Keiler, Die Tätigkeit der internationalen Arbeitsorganisation a. d. Gebiet der Sozialversicherung. 1929. Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt. Hg. von der Dresdener Bank. 3. Aufl. 1930. Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. 1913. Karl Marx, Friedrich Engels, Gesamtausgabe, hsg. von D. Rjazanow. I. Abt. K. Marx, Werke und Schriften. 1. 2. 1927. 29. III. Abt. Briefwechsel. I. 1844—1853. II. 1854—1860. H. Paull, Lebenskrisis des deutschen Volkes. 1930. H. Sohnrey, Wegweiser für ländliche Wohlfahrtsarbeit. 4. Aufl. 1930. W. Sauer, Waldarbeiterverhältnisse in den württ. Staatsforsten. 1929. G. Stolper, Ein Finanzplan. Vorschläge zur Finanzreform. 1929. Veröffentlichungen der Friedrich-List-Gesellschaft. 3. 4. Kapitalbildung und Steuersystem. 1930. O. Westermann, Das kommunale Rechnungswesen. 1929.

Heilkunde. Sport. Naturwissenschaften. Mathematik.

O. Frank, Max v. Gruber. 1928. E. Gotschlich, Hygiene und Kultur. Rektoratsrede. 1929. Handbuch des Turnwesens und der Leibesübungen. 2. Aufl. hg. von R. Gasch. 1928. Gg. Honigmann, Das Wesen der Heilkunde. 1924. M. Kirchner, Ärztl. Kriegs- und Friedensgedanken. 1918. Biograph. Lexikon der Ärzte. Hsg. von A. Hirsch. 2. Aufl. von Hübotter und Vierordt. J. Roos, Theodor Bilharz. 1929. J. Thiersch, Carl Thiersch. 1922. F. Trendelenburg, Aus heiteren Jugendtagen. 1924.

R. M. Bucke, Kosmisches Bewußtsein. Übertr. von Elis. G. Brasch. (1925.) Deutsche Forschung. 8. Untersuchungen über den Stoffwechsel der Pflanzen. 1929. Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele. Hg. von L. Brauer, A. Mendelssohn-Bartholdy u. a. 1930. Grundzüge der Geologie. Lehrbuch. Hg. von W. Salomon. 1924. 26. J. Haedicke, Kant — ein Kopernikus? 1924. R. Hesse, Tiergeographie. 1924. H. Kern, Die Philosophie des Karl Gust. Carus. (1926.) J. v. Kries, Kant u. s. Bedeutung für die Naturforschung der Gegenwart. 1924. H. Rogge, Symbol und Schicksal. 1921. J. Thienemann, Rossitten. 1928. J. L. Wilser, Bewegungen der Erdkruste im Oberrheintalgebiet. 1929. Joh. Werner, Franziska v. Altenhausen. Roman aus dem Leben eines berühmten Mannes [Ernst Häckel]. 1898—1903. 1928.

L. Heffter, Lehrbuch der analytischen Geometrie. III. Nichteuklidische Geometrie. 1929. W. Gundel, Sterne und Sternbilder im Glauben des Altertums und der Neuzeit. 1922. Müller-Pouillet, Lehrbuch der Physik. 11. Aufl. V 1. Physik der Erde. Hg. von A. Wegener. 1928. — V 2. Physik des Kosmos. Hg. von A. Kopff. 1928. P. V. Neugebauer, Astronomische Chronologie. 1929.

Geschichte. Erinnerungen. Biographien.

K. Breysig, Vom geschichtlichen Werden. I. Persönlichkeit und Entwicklung. 1925. II. Die Macht des Gedankens. 1926. E. Cassirer, Die Begriffsform im mythischen Denken. 1922; Individuum und Kosmos in der Philosophie der Renaissance. 1927. H. Dessau, Geschichte der römischen Kaiserzeit. II 2. Länder und Völker des Reichs im 1. Jh. der Kaiserzeit. 1930. W. Drumann, Geschichte Roms, hg. von P. Groebe. VI. Cicero. 1929. B. Groethuysen, Die Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich. 1927. 30. W. Judeich, Der Reichsgedanke im Altertum. G. Kittel, Urchristentum, Spätjudentum, Hellenismus. 1926; Geschichte des Volkes Israel. III. 1929. E. Peters, Die altsteinzeitliche Kulturstätte Peterfels (bei Engen). 1930. E. Rothert, Karten aus der Geschichte des Altertums. I. Umgearb. von E. Niepmann. 1927. Fr. Sprater, Die Pfalz unter den Römern. 1928. Studien der Bibliothek Warburg. I. 1922 ff. E. Troeltsch, Der Historismus und seine Überwindung. 1924. G. B. Volz, Friedrich d. Gr. im Spiegel seiner Zeit. 1927. H. Wirth, Der Aufgang der Menschheit. I. 1928.

Bismarck, Gesammelte Werke. Reden. Bearb. von W. Schüßler. 13. 1885—1897. 1930. O. Boelitz, Das Grenz- und Auslanddeutschtum. 2. Aufl. 1930. K. Brandi, Gegenreformation und Religionskriege. [1930.] Codex Laureshamensis. Hg. von K. Glöckner. 1929. H. Delbrück, Geschichte der Kriegskunst. VI. Neuzeit. 1. Die Politik verdirbt die Strategie. (Deutsch-franz. Krieg 1870/71.) 1929. F. Hartung, Deutsche Geschichte 1871—1919. 3. Aufl. 1930. E. Heilborn, Zwischen zwei Revolutionen. 1929. I. Schinkelzeit (1789—1848). II. Bismarckzeit (1848—1918). Ein Jahrtausend deutscher Kultur im Bilde, 800—1800. Hg. von W. Hofstaetter. 1929. A. Lutz, Die Berufung deutscher Ansiedler durch Joseph II. nach Ungarn. 2. Aufl. 1929. Die Ortenau in Wort und Bild. Hg. von E. Batzer. 1929. K. Pagel, Deutsche Geschichte in Bildern. 1928. H. von Paller, Der großdeutsche Gedanke. 1928. E. Roedder, Das südwestdeutsche Reichsdorf auf Grund der Geschichte von Oberschefflenz. 1928. Erich Zimmermann, Der deutsche Reformverein. Diss. 1929. Fr. Zoepfl, Deutsche Kulturgeschichte. I. 1928. (Nachdruck erwünscht).

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

446

	Rpf
Matjesheringe solange Vorrat Stück	8
Neue Kartoffel Pfund	10
Limburger Käse schöne Stangenware . . . Pfund	40

Abgabe nur an Mitglieder!

Badischer Kunstverein E. V., Karlsruhe
Waldstraße 3

Anläßlich des Badener Heimattages vom 25. Juni bis 17. Juli:

447

Ausstellung badischer, außerhalb Badens lebender Künstler.

Geöffnet: Werktags 10—1 u. 3—5 Uhr, Sonntags 11—1 Uhr. Eintritt für Nichtmitglieder: 50 Rpf.

Teilnehmer des Heimattages im Besitz der offiziellen Teilnehmerkarte = halber Eintrittspreis!

Inserieren bringt Gewinn!

Spar- und Waisenkasse Merchingen

(Oeffentliche Sparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1929.

Vermögen.	RM
1. Kassenbestand	18 939,97
2. Guthaben bei der Landesbank u. Postscheckamt	6 540,53
3. Wertpapiere	12 550,—
4. Kontokorrentdebitoren .	29 519,10
5. Feste Darlehen:	
a) Hypothekendarlehen .	128 782,50
b) Wohnungsbaudarleh.	7 500,—
c) Grundstückskaufgelder	82 652,75
d) Gemeindedarlehen .	26 500,—
e) Darlehen aus Reichsmitteln	5 565,—
f) Schuldscheindarlehen	147 380,90
6. Betriebskapital bei der Bad. Kom.-Landesbank Mannheim	10 800,—
7. Einnahmerückstände .	21 476,21
8. Aufwertungsforderung.	121 361,95
9. Aufwertungsabrechn.-Konto	135 986,67
10. Grundstückskonto . .	1,—
11. Gerätekonto	625,30
Summa . .	756 181,88

Verbindlichkeiten.	RM
1. Spareinlagen	385 666,94
2. Aufwertungsspareinlagen	299 567,24
3. Giroeinlagen	10 567,77
4. Anlehenskapitalien . .	23 642,50
5. Gesetzl. Reservefonds:	
a) Bestand Ende 1928 .	23 439,21
b) Zuweisung des Reingewinns für 1929 . .	13 298,22
Summa . .	756 181,88

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 396 234,71 RM = ...	31 698,77 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929	36 737,43 „
Somit mehr . .	5 038,66 RM

Merchingen, den 16. Juni 1930. Q.606

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Häffner.

Der Geschäftsleiter: J. V.: Giesin.

Q.634. **Karlsruhe.** Über das Vermögen der **„Arbeitersportvereinigung Knielingen"** in Knielingen wurde heute nachmittag 4 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Bücherrevisor Otto Marx in Karlsruhe — Handelshof —. Konkursforderungen sind bis zum 20. August 1930 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Donnerstag, dem 17. Juli 1930, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: **Donnerstag, dem 11. September 1930, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 20. August 1930 anzuzeigen. Karlsruhe, den 23. Juni 1930.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

58. Offenburger Lotterie zur Hebung der Pferde- und Viehzucht.

Bei der am 10. Juni 1930 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: A. Gewinne von 40 bis 1500 Mark: 757 (450 Mark oder 1 Rind), 895 (1500 Mark oder 2 Pferde), 2084 (200 Mark oder 1 Rind), 3817 (100 Mark oder 1 Wein- und Obstpresse), 4615 (60 Mark oder 1 Aufsatz-Waschkessel), 5061 (50 Mark oder 1 Jauchepumpe), 6339 (200 Mark oder 1 Rind), 8597 (350 Mark oder 1 Rind), 9753 (350 Mark oder 1 Rind), 11570 (40 Mark oder 1 Weinfaß), 11831 (700 Mark oder 1 Pferd), 11886 (300 Mark oder 1 Rind), 14218 (300 Mark oder 1 Rind). B. Gewinne zu 10 Mark: 1006 1217 1286 2967 3077 3156 3728 4443 4918 5354 5836 5915 6061 7199 8378 9128 10290 10878 12733 12869. C. Gewinne zu 5 Mark: 18 406 422 606 818 1547 2014 2158 2164 2499 2671 3676 3767 3778 4666 4723 4898 5081 5183 6101 6260 6355 6896 6937 7932 8368 8428 8837 9094 9316 9551 9720 10718 10856 11072 12058 12128 12236 14097 14919. D. Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endzahlen gewinnen je 2 Mark: 012 031 041 070 077 126 127 141 183 192 204 235 249 288 317 341 354 399 429 439 532 541 616 641 651 690 692 705 719 748 759 789 982. Ferner gewinnen folgende Nummern je 2 Mark: 1381 1841 3349 8546 10228 11608 13992. Die Auszahlung erfolgt durch: **Eberhard Fetzer, Karlsruhe, i. B.** Kreuzstraße 28

Hypotheken-Geld legt sorgfältig kostenfrei an und beschafft günstig
August Schmitt
Hypothekengeschäft
Karlsruhe 440
Hirschstr. 43
Tel. 2117 gegr. 1879

Q.635. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren üb. das Vermögen des Kaufmanns **Artur Daube** in Königsbach ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die Festsetzung der Vergütungen u. Auslagen der Gläubigerausschußmitglieder sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlußtermin bestimmt auf: **Donnerstag, den 10. Juli 1930, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234. Karlsruhe, 18. Juni 1930.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 26. Juni
*D 30 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 1001—1100 und 1101—1200

Marius

Komödie von Pagnol

Regie: v. d. Trenck. Mitwirkende: Genter, Quaiser, Rademacher, Ziegler, Seiling, Brand, Graf, Herz, Hospach, Kloeble, Kuhne, Mehner, Müller, Schulze, Grimm, Seibert.

Anfang 19½, Ende 22
Preise A (0,70—5 RM)

Fr., 27. Juni: **Der lustige Krieg.**
Sa., 28. Juni: Zum erstenmal: **Salvermosers seltsame Seelenwanderung**
So., 29. Juni: **Die Jüdin.**
Mo., 23. Juni: **Tiefland.**

Wir werben für Sie!

Druck G. Braun, Karlsruhe